

Dr. Tim Ostermann

- (A) Die Kinder dieser Menschen erhalten zu Recht den deutschen Pass; denn ihre Eltern haben sich bereits an ihrer Stelle zu Deutschland bekannt.

Die Grünen mögen das „hohe Hürden“ nennen; wir nennen das eine wohlüberlegte Entscheidung für Deutschland und ein Bekenntnis zu unserer Gesellschaft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und jetzt die Nationalhymne!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Abgeordneten Özcan Mutlu, Bündnis 90/Die Grünen.

Özcan Mutlu (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich so manchen Beitrag Revue passieren lasse, dann habe ich den Eindruck, dass es hier immer noch viele gibt, die sich die Zeit vor 1999 zurückwünschen. Da gucke ich insbesondere in die Reihen der CDU/CSU.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die beiden Redner!)

Sie haben gar nichts gelernt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Damals hieß es: Deutsche sollen nur diejenigen werden, die deutsche Vorfahren nachweisen können. – Es galt das wilhelminische *lus sanguinis*. Das deutsche Blut war entscheidend für die Staatsbürgerschaft und den deutschen Pass. Leider scheint sich dieser Gedanke in manchen Köpfen bis heute gehalten zu haben. Anders ist nämlich das krampfhaftes Festhalten an der Optionspflicht im Staatsbürgerschaftsrecht nicht zu erklären.

Bei Ihrer Rede, Kollege Frieser, habe ich mich ernsthaft gefragt: In welchem Jahrhundert leben Sie? Kommen Sie endlich im 21. Jahrhundert an! Dieses Land braucht ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht und nicht weniger.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die leidige Optionspflicht ist nicht abgeschafft worden, wie wir es gerade noch einmal gehört haben. Daran ändert sich nichts, auch wenn Sie vonseiten der SPD es hier gebetsmühlenartig wiederholen. Das Gesetz, das 2014 in Kraft getreten ist, ist nämlich – mein Kollege Volker Beck hat es gesagt – eine Mogelpackung. Deutsche dürfen nur diejenigen bleiben, die als Kind oder Jugendlicher mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben, sechs Jahre brav in einer deutschen Schule waren und einen Schulabschluss in Deutschland erworben haben.

Warum die Kinder, die hier in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, nicht die gleichen Rechte bekommen sollen wie zum Beispiel Kinder, die deutsche Eltern haben, haben Sie hier bisher nicht erklärt. Ich

glaube, Ihnen geht es vor allem darum, welchen Nutzen Menschen für unsere Gesellschaft haben können. Ähnlich ist auch Ihr Motto bei der Diskussion um die Einwanderung. Wer nützlich ist, der soll herkommen und hierbleiben dürfen. Er soll den deutschen Pass bekommen, alle anderen aber nicht. Ich würde mir dagegen wünschen, dass Sie endlich kapieren, dass der Wert eines Menschen weder an seinen Fähigkeiten noch an seiner Religion gemessen wird. Er sollte auch nicht nach seinen Schulabschlüssen bestimmt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

An dieser Stelle möchte ich gerne – mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident – Bertolt Brecht zitieren, der vor fast 75 Jahren schrieb:

Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so eine einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Pass niemals.

Diese Zeilen, meine Kolleginnen und Kollegen, treffen den Kern der heutigen Debatte. Es geht uns um Bürgerrechte für alle ohne Wenn und Aber. Das sollten Sie endlich einmal kapieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, in der letzten Optionspflichtdebatte sagte der Bundesinnenminister im Bundestag, mit der Neuregelung der Optionspflicht würden 90 Prozent der Jugendlichen von ihr befreit. Genau aus diesem Grund sagen wir Grüne heute und hier: Lassen Sie uns gemeinsam dieses Bürokratiemonster beerdigen. Lassen Sie uns gemeinsam die Länder und die Kommunen entlasten. Und lassen Sie uns gemeinsam für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht eintreten und die Jugendlichen von diesem Druck befreien. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu. Das sage ich in Richtung der SPD.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Mahmut Özdemir [Duisburg] [SPD]: Das ist ein Gesetzentwurf!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Abgeordneten Mahmut Özdemir, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Mahmut Özdemir (Duisburg) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nur mutmaßen, was der Entwurf eines Gesetzes zur Verwirklichung des Geburtsrechts im Staatsangehörigkeitsrecht zu diesem Zeitpunkt bewirken soll. Die Rezitation des SPD-Regierungsprogramms benötige ich als Sozialdemokrat jedenfalls nicht. Dennoch freue ich mich natürlich jederzeit über die vielfältigen Anträge und Gesetzentwürfe vonseiten der Opposition,

Mahmut Özdemir (Duisburg)

- (A) die eine Ableitung des sozialdemokratischen Regierungsprogramms darstellen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie es nicht machen, müssen es andere tun! – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Eben!)

Ich frage mich jedoch, was Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen, heute von sozialdemokratischen Rednern erwarten. Erwarten Sie wieder eine solche Phrase wie „Der Gesetzentwurf stößt bei uns auf große Sympathie, aber im Koalitionsvertrag ist das leider nicht geregelt“? Erwarten Sie gar in dieser Wahlperiode von uns eine Zustimmung zu Ihrem Gesetzentwurf?

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir erwarten nur ein bisschen mehr Mut, ein bisschen Courage!)

So langsam wird es doch langweilig und ungebührlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sind wir Sozialdemokraten etwa in Hessen politisch unterbelichtet, wenn die hessischen SPD-Landtagskollegen denselben Antrag, den Sie hier stellen, nicht als Gesetzentwurf im dortigen Landtag einbringen?

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind hier im Bundestag, nicht im Hessischen Landtag!)

- (B) Und sind sie politisch so unterbelichtet, dass sie die folgende Formulierung im schwarz-grünen Koalitionsvertrag nicht einzuschätzen in der Lage sind? Ich zitiere aus dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag:

Auf bundespolitischer Ebene werden wir die Aufhebung der Optionspflicht und die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit im Staatsangehörigkeitsrecht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern unterstützen.

Das steht im Koalitionsvertrag in Hessen, den auch die Grünen mit unterzeichnet haben.

Solche Spielchen gibt es mit uns nicht. Deshalb erwarte ich in Bezug auf die Kompromisse, die wir als große Volksparteien im Koalitionsvertrag gefunden haben, auch keine Verschonung durch die Opposition.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Echt couragiert!)

Ich erwarte jedoch, dass Sie nicht die Mechanismen unserer Demokratie für kurzfristige Presseerfolge instrumentalisieren und gleichzeitig so tun, als würden durch diese Mechanismen der Demokratie Ideale verkauft. Je mehr wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Kompromiss als Ausverkauf von Aufrichtigkeit in der Parteidemokratie darstellen, desto größer wird die Zahl derer, die glauben, dass durch Wahlen nichts mehr bewegt werden kann. Zwei gewichtige Ideale von uns Sozialdemokraten sind seit mehr als zwei Jahrzehnten die Verwirklichung des Geburtsrechtes im Staatsangehörigkeitsrecht ebenso wie das Bekenntnis zur Mehrstaatigkeit. Wir lie-

fern uns diesbezüglich vielleicht viele Wortgefechte im Plenum. (C)

Vizepräsident Peter Hintze:

Herr Kollege, Stichwort „Wortgefechte“: Da gibt es den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Wollen Sie sie zulassen, oder wollen Sie fortfahren?

Mahmut Özdemir (Duisburg) (SPD):

Ich würde gerne im Zusammenhang vortragen.

Vizepräsident Peter Hintze:

Okay.

Mahmut Özdemir (Duisburg) (SPD):

Aber draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern bringen Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der Grünen, nicht nur die SPD in Misskredit, sondern auch den politischen Prozess als solchen, indem Sie das Vorurteil bedienen, dass nach der Wahl Versprechen nichts mehr wert seien. Besonders verwerflich ist es hierbei, einen politischen Weggefährten in diese Situation zu bringen, der 1999 das Geburtsrecht im Zusammenhang mit der Mehrstaatigkeit erstmals gesetzlich billigte und damit dann teilweise das Abstammungsprinzip verdrängte. Das Staatsangehörigkeitsrecht eignet sich deshalb nicht unbedingt für solche Spielchen. Das Spiel mit der Identität hier geborener junger Menschen, deren Eltern ausländische Staatsangehörige sind, aber auch das Spiel mit der Lebensleistung derer, die als sogenannte Gastarbeiter kamen und dem Wirtschaftswunder mit Geistes- und Körperkraft Auftrieb verschafften, eignen sich nicht für die politische Bühne, (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Philipp Lengsfeld [CDU/CSU])

erst recht nicht, wenn die letztere Gruppe bei völlig überlasteten Ausländerbehörden im hohen Alter auf die Abwicklung ihrer Anträge warten muss. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist die notarielle staatliche Beurkundung eines Bandes, des Bandes, das mich mit meiner Geburt im Krankenhaus Duisburg-Homberg vor 27 Jahren mit diesem Land, meiner Heimat, verbunden hat, eine Verbindung, die stärker ist als jedes Dokument. Gerade deshalb war die Zeit des Wartens auf diese Beurkundung für mich und viele andere bis zur richtigen politischen Mehrheit in diesem Land erträglich.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollen wir eben abschaffen! Wir wollen diese Wartezeit nicht mehr!)

Wir haben als Sozialdemokraten den Weg gewählt, lieber ein kleines Licht anzuzünden, als die Dunkelheit zu verfluchen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! Wir sind noch gar nicht in den Abendstunden!)

Wir erwarten nicht mehr, dass hier geborene junge Menschen mit einer Entscheidung, spätestens mit dem 23. Lebensjahr, den Beweis antreten, ob sie der Beur-

Mahmut Özdemir (Duisburg)

- (A) kundung der Staatsangehörigkeit wert sind. Damit tragen wir ihrer Identität, ihrer Lebenssituation und ihrem inneren Frieden Rechnung. Dies tun wir mit einem Koalitionspartner, der auf Landesebene in Hessen mit einer Kampagne gegen den Doppelpass das Ende einer rot-grünen Bundesratsmehrheit einläutete.

Im Übrigen ist die reine Debatte um das Staatsangehörigkeitsrecht auch nicht geeignet, die Lebensrealitäten der betroffenen Menschen tatsächlich abzubilden. Frau Staatsministerin Özoğuz machte bereits in mehreren Reden darauf aufmerksam,

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist die eigentlich? Könnte man fast mal herbeizitiieren!)

wie dringend notwendig es ist, die Realitäten im Bildungsbereich und der Arbeitswelt im Hinblick auf die Chancengleichheit auf die politische Agenda zu setzen.

Im Grundgesetz heißt es in Artikel 116:

Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Dieser Status ist wichtig für die Berechtigung spezifischer deutscher Grundrechte. Dieses Statut ist mittlerweile im Hinblick auf die Grundrechtsberechtigung von Unionsbürgern aufgrund eines Diskriminierungsverbotes europarechtlich überlagert und dem faktischen Wandel unterworfen worden. Selbst ein aktives und passives Kommunalwahlrecht für Unionsbürger wird davon getragen. Ich möchte darauf hinaus, dass die Formulierung im Grundgesetz bewusst auf eine einfache gesetzliche Definition durch den Bundestag setzt, damit wir auf gesellschaftlichen Wandel reagieren können. Der gesellschaftliche Wandel ist im Bundestag insoweit angekommen, als die Optionspflicht durch die aktuelle Bundesregierung aufgehoben wurde als Beginn – ich betone: als Beginn – exakt des Wandels, den Sie – genauso wie wir – vollumfänglich im Gesetzentwurf zu beschreiben versuchen. Für Ihren Gesetzentwurf in der vorliegenden Form besteht aber derzeit leider keine politische Mehrheit in diesem Hause,

(Sylvia Kottling-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das liegt ja an Ihnen!)

aber eben nicht aus Gründen mangelnder Ideale, sondern aus Gründen zwingender demokratischer Mechanismen. Wenn wir hier im Deutschen Bundestag über Gesetze oder deren Änderung reden, dann denken wir an die Staatsgewalt, die auf unserem Staatsgebiet die rechtsstaatliche Ordnung durchsetzt. Den Begriff des Staatsvolkes behandeln wir hierbei jedoch recht stiefmütterlich, obwohl uns das Grundgesetz neben der Möglichkeit, das Staatsangehörigkeitsrecht sukzessive anzupassen, zumindest die Hausaufgabe aufgibt, gesellschaftliche Realitäten abzubilden. Die SPD-Fraktion ist allzeit bereit, sich diesen Hausaufgaben in aller gebotenen Vernunft und Ernsthaftigkeit zu stellen. Zugleich – hier besteht kein Widerspruch, liebe Kolleginnen und Kollegen – gelten unser Wort und das Versprechen aus dem bestehenden Koalitionsvertrag, jedenfalls bis 2017. Denn

schon bei Immanuel Kant galt, dass der öffentliche Gebrauch von Vernunft durch die Übernahme eines Amtes eingeschränkt wird. (C)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben noch nicht einmal ein Amt, sondern nur ein Mandat!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächster Rednerin erteile ich das Wort der Abgeordneten Barbara Woltmann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt bin ich mal gespannt, was Neues kommt!)

Barbara Woltmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nein, es tut mir leid, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen:

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es kommt nichts Neues!)

Ihr Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Geburtsrechts im Staatsangehörigkeitsrecht findet nicht unsere Zustimmung, um das von Beginn an klarzustellen, und das ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der CDU/CSU – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann können Sie sich eigentlich setzen, oder?) (D)

Ich will noch einmal in Erinnerung rufen: Erst im letzten Jahr – Sie haben es selber auch angesprochen – haben wir, CDU/CSU und SPD, mit unseren Stimmen das Staatsangehörigkeitsrecht geändert.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mogelpackung!)

Ich will auch noch einmal in Erinnerung rufen: Im Koalitionsvertrag hatten wir vereinbart,

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weniger Reform war selten!)

den Optionszwang für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern aufzuheben und die Mehrstaatigkeit zu akzeptieren. Wir haben aber auch gesagt, dass es im Übrigen beim geltenden Staatsangehörigkeitsrecht bleibt. Mitte des letzten Jahres – das ist nicht lange her – haben wir über die Änderungen hier im Plenum sehr intensiv diskutiert – nicht zur Freude aller. Wir von der Union haben nicht die zwingende Notwendigkeit für eine Gesetzesänderung gesehen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit der Realität haben Sie es nicht so!)

Aber nun gut, wir haben das im Koalitionsvertrag so vereinbart, und dann stehen wir auch dazu.

Seit dem 20. Dezember 2014 gilt nun dieses geänderte Staatsangehörigkeitsgesetz. Darin haben wir fest-